

## **Nein zur schädlichen „Pro Service public“-Initiative**

### **Medienmitteilung**

**Bern, 23. Mai 2016. Die FDK lehnt die Initiative ab. Sie würde der Grundversorgung und den öffentlichen Haushalten Schaden zufügen.**

Die Volksinitiative „Pro Service public“ will über einen neuen Artikel in der Bundesverfassung die Grundsätze zur Grundversorgung in der Schweiz verändern. So soll der Bund bei der Grundversorgung inskünftig nicht nach Gewinn streben, auf eine Quersubventionierung anderer Verwaltungsbereiche verzichten und keine fiskalischen Interessen verfolgen können. Im Visier stehen auch die Unternehmen der Grundversorgung, SBB, Swisscom und Post. Dort sollen die Lohngrundsätze des Bundes eingeführt werden.

### **Die Initiative bedroht Investitionen und schadet den öffentlichen Finanzhaushalten**

Die Initiative verbietet den bundesnahen Betrieben, Gewinne zu realisieren. Obwohl schon heute weite Teile des Service public steuerbefreit sind, entgehen dadurch den Gemeinden, Kantonen und dem Bund Steuergelder und Dividendeneinnahmen im Umfang von mehreren Hundert Millionen Franken. Zudem werden die Gewinne der Service-public-Unternehmen heute zu einem grossen Teil für weitere Investitionen in eine zukunftsgerichtete Grundversorgung eingesetzt. Fallen diese Mittel weg, müssten die Investitionen durch die öffentliche Hand finanziert werden. Die Folgen wären höhere Steuern für alle.

### **Die Initiative ist irreführend und schwächt die Grundversorgung in der Schweiz**

Der Titel der Initiative ist irreführend: Von einer Stärkung des Service public kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Initiative schwächt eine heute gut funktionierende Grundversorgung in der Schweiz. Sie will die unternehmerische Freiheit von SBB, Swisscom und Post beschneiden. Mit der Konsequenz, dass der nötige Ausbau und die Investitionen in die Grundversorgung gehemmt werden.

Eine qualitativ hochwertige Grundversorgung ist Voraussetzung für Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit in allen Regionen der Schweiz. Sie stellt sicher, dass die verschiedenen Landesteile und Regionen eng miteinander verbunden bleiben. Die Initiative bedroht diesen Zusammenhalt. Ländliche Gebiete und Bergregionen werden benachteiligt, weil sie nicht mehr auf eine gut funktionierende Grundversorgung zählen können.